



Doppelt so viele Hallenser wie erwartet kamen am Mittwoch zur Bürgerversammlung in die Weinberg-Mensa. Die intensive Beteiligung zeigte die Brisanz des seit Monaten andauernde Strits um den Betrieb einer Klinikabfallverwertungsanlage durch die Logmed Cooperation GmbH. Foto: Martin Schramme

# Bürger stoppen Logoil

## Mineralölgewinnung aus Klinikabfall nicht mehr in Heide-Süd

**HALLE (mas).** Die Sorge vor den Folgen einer Ölproduktion aus Klinikabfällen in Halles Stadtteil Heide-Süd trieb die in der unmittelbaren Nachbarschaft wohnenden Eigenheimbesitzer scharenweise zur Bürgerversammlung am Mittwochabend in die Weinberg-Mensa. Der Abend endete mit einem Sieg für die „Aufständischen“: Die Logmed Cooperation GmbH wird das Öl nicht in Heide-Süd, sondern offenbar in Landsberg produzieren.

300 Bürger drängten in den Saal, nicht alle fanden Platz. „Wir hatten mit 150 Leuten gerechnet“, rechtfertigte sich Baudezernent Thomas Pohlack und erntete Gelächter. „Die OB lässt sich entschuldigen“, schob er nach (wieder Gelächter). Sie sei in Magdeburg: Der Minister habe nach Magdeburg gerufen wegen der Verteilung von 50 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II.

Pohlack würdigte Heide-Süd als beispielhaft für die Umnutzung eines ehemaligen Armeelagerlandes (Kaserne von 1934-1991). In den EU-Referenzstandort seien Milliarden investiert worden. Man wolle ihn nicht aufs Spiel setzen, erklärt er. Die Ansiedlung von Logmed sei mehrfach gründlich geprüft worden. Es habe aber Defizite bei der Kommunikation gegeben, räumte er ein. Weitere wertvolle Ansiedlungen der Hochtechnologie seien geplant.

3800 Menschen wohnen und 600 arbeiten heute in Heide-Süd. 50 Unternehmen haben sich angesiedelt, erklärte Pohlack.

In Folge anhaltender Bürgerproteste gegen die Logoil-Anlage hatte Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados im Herbst 2008 die Notbremse gezogen. 1500 Umfragebögen zur Bewertung der Stimmungslage im Neubaugebiet am Heiderand wurden verschickt. Wie Olaf Kreße, Geschäftsführer der mit der Umfrage beauftragten Agentur Hoss PR, sagte, gingen 468 zum Teil sehr umfangreiche Antworten ein. Die Mehrheit der Befragten erklärte, nach Heide-Süd mit der Erwartung einer natur- und stadtnahen, ruhigen Lage gezogen zu sein. Sie ist einverstanden mit der Nachbarschaft zum Weinberg-Campus und den Technologie- und Gründerzentren, klagen jedoch über den zunehmenden Verkehr und die anhaltenden Bautätigkeit. Vom Vorhaben der Firma Logmed, eine Ölforschungsproduktion (Logoil) zu errichten, fühlt sich die Mehrheit bedroht. Sie fürchtet Gefahr für Leib und Leben sowie sinkende Immobilienpreise.

Um zu erklären, wie es sein kann, dass die Stadtverwaltung eigentlich keine Produktion in Heide-Süd will, Investoren sich bis Ende Januar 2009 aber genau mit Produktionsvorhaben ansiedeln konnten, blickte Pohlack in die Vergangenheit: 1998 seien die

Bebauungspläne (B-Pläne) 32.2 und 32.4 verabschiedet worden und ihre Korrektur an Formfehlern gescheitert. Doch jetzt werde der B-Plan überarbeitet. Er solle den Bürgern im Sommer vorgestellt werden. Zurzeit gebe es gutachterliche Untersuchungen zum Immissionsschutz. Ferner soll die Kommunikation mit den Bürgern verbessert werden, so Pohlack. Ab sofort werde eine Nachbarschaftszeitung informieren. Ab März werde jeweils am ersten Montag im Monat Thomas Katterle, Teamkoordinator für Umweltinformation, als „Nachbarschaftscoach“ im Haus Weinbergweg 22 eine Sprechstunde abhalten.

Heftige Kontroversen löste indes die Chemie- und Toxologie-Professorin Ursula Stephan aus. Die von Logmed geplante „Technikumsanlage“ sei sicher, jeder Haushalt gefährlicher, sagte sie. Im Namen der aufgebrachten Bürger kritisierten ein Verfahrenstechniker und ein Chemiker, dass Ämter und Behörden die Logoil-Anlage genehmigt hätten, obwohl es in den Antragsunterlagen widersprüchliche Angaben zu den Abgasmengen der Klinikmüll-Verwertung gab und offene Fragen zum technologischen Ablauf der Mineralölgewinnung. Die OB später noch zur Bürgerversammlung und bestätigte, dass es nach einem Gespräch mit dem Investor einen anderen Logoil-Standort als Heide-Süd gebe.

### „Wir sind das Volk“

von Martin Schramme



*Ein Sieg für die Basisdemokratie in Halle: Die Klinik-abfall-„Raffinerie“ (Logoil) der Logmed Cooperati-on GmbH kommt nicht nach Heide-Süd. Die Hallen-ser, die den Mund aufgemacht haben, konnten sich durchsetzen gegen eine schlampige Stadtverwal-tung, wankelmütige Stadträte, einen undurchsichtigen Investor und ein unsensibles Landesverwaltungsamt. „Wir sind das Volk“ gilt auch nach 20 Jahren noch, doch das Volk muss aufstehen, damit nicht ver-gessen wird, was Demokratie eigentlich heißt.*

*Unter Planungsdezernent Friedrich Busmann kam 1998 ein Be-bauungsplan (B-Plan) durch den Stadtrat, der Produktionsanlagen, wie sie Logmed plante, zuließ, obwohl das angeblich keiner so gewollt hat. Es war ein Betriebsunfall, heißt es heute aus der Stadtverwaltung. Doch es waren Bürger von Heide-Süd, die erst ihre Stimmen erheben und die Stadtverwalter zwingen: mussten, endlich etwas gegen den Betriebsunfall zu unternehmen. Zufällig waren kompetente Fachleu-te unter den Eigenheimbauern, die in den Antragsunterlagen zur ge-planten Logoil-Anlage widersprüchliche Angaben zum Schadstoff-ausstoß ausmachten und thematisierten. Das wäre die Aufgabe der Genehmigungsbehörde Landesverwaltungsamt gewesen!*

*Obwohl die Einwände stichhaltig waren, mussten die Bürger lan-ge kämpfen und sich den Verdacht gefallen lassen, nur ein Haufen Querulanten zu sein. Doch die von Halles Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Bürgerbefragung hat gezeigt: Die Befürchtungen bezüglich der Abgase der Logoil-Anlage haben eine entscheidende Zahl Bürger erfasst. Zudem hat die Befragung ans Licht gebracht, was jeder halb-wegs informierte Immobilienmakler seit Jahren weiß: Die Menschen wollen in Stadtnähe, ruhig, grün und gesund wohnen. Daher ist die Bemerkung der Chemie-Professorin und Giftstoffexpertin Ursula Ste-phan, angesichts der strengen Auflagen für Produktionsanlagen sei es in jedem privaten Haushalt gefährlicher als neben einer Chemieanla-ge zu wohnen, wenig hilfreich. Sie mag statistisch gesehen richtig lie-gen, doch die Menschen haben viel Geld in dem Glauben investiert, von eben solchen Anlagen nicht beeinträchtigt zu werden.*

*Es ist löblich, dass Halles Oberbürgermeisterin Dagmar Szaba-dos und ihre rechte Hand Thomas Pohlack den Investor quasi in letz-ter Sekunde im Sinne der Bürger umgestimmt haben. Es wurde aber auch Zeit, dass bei der Gelegenheit ein über zehn Jahre altes Versäum-nis (der problematische B-Plan mit der Option einer Industriepro-duktion) nun korrigiert werden soll. Auch ist es richtig, die Kommuni-kation zu verbessern. Doch gefragt ist vor allem der ehrliche Umgang miteinander. Für die Bürger heißt das, sich stärker mit einzumischen, nicht nur kritisch, sondern auch konstruktiv.*